

(Abgeordneter Hartmann.)

- (A) fälschlich sagte, irgend jemand streitig gemacht werden. Davon kann nie und nimmer die Rede sein. Aber, meine verehrten Damen und Herren, ich glaube, mit der Ruhe an diesen beiden Tagen wird es wohl sehr zweifelhaft bestellt sein. Ich vermute eher, daß man Gelegenheit haben wird, vielleicht Umzüge zu sehen. Es werden Reden gehalten werden, wie sie heute Herr Abgeordneter Menke gehalten hat, und so wird ungefähr die Ruhe des 1. Mai und des 9. November aussehen.

(Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Wer also glaubt, daß diese beiden Tage wirklich zu Ruhetagen werden sollen, gibt sich einem trügerischen Schlusse hin.

(Ruf bei den Unabhängigen: Sie können ja ruhig spazieren gehen!)

- Daß der 9. November zur Verherrlichung der Revolution gedacht ist, haben wir ja aus den Reden der beiden Herren Begründer gehört. Wir müssen uns alle — und jeder vernünftige Mensch muß das tun — auf den Standpunkt stellen, daß die bestehenden Verhältnisse unbedingt anerkannt werden müssen, und das tun wir auch. Aber wir wollen doch nicht vergessen, daß immerhin noch ein wesentlicher Teil der Bevölkerung sich auf einen anderen Standpunkt stellt; und den Leuten gegenüber, die als Minderheit auch das Recht auf Berücksichtigung haben, bedeutet also der Wunsch der beiden sozialdemokratischen Parteien direkt eine Kampfansage, ja eine Herausforderung. Der Freistaat Sachsen ist das Ergebnis der Revolution. Der Freistaat Sachsen befindet sich aber noch in den Kinderschuhen, er kann sich noch nicht einmal auf eigenen Füßen halten. Er ist ein Kind, von dem man wohl sagen kann, „ihm ruhen noch im Zeitenschoße die schwarzen und die heitern Lohse“; und ich glaube, die letzteren werden wohl die Priorität bis auf unabsehbare Zeit für sich noch in Anspruch nehmen.

Neben prinzipiellen Gründen sind es aber auch noch solche, die auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Fragen Sie sich doch einmal danach, wie Handel, Gewerbe und Industrie geschädigt werden würden. Der Herr Vorredner Kühn ist ja darauf mit einigen Worten zugekommen und stellte sich auf einen etwas milderen Standpunkt als der erste Herr Redner, aber mit Ausnahmen wird nichts zu schaffen sein. Wenn wir einmal ein Gesetz schaffen, möchten wir nicht von vornherein, daß die Regierung angehalten wird, Ausnahmen zu schaffen. Geschieht dies, so wird das von vornherein Unzuträglichkeiten im Gefolge haben.

Wir haben nun die Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe vom 1. April ab. Das bedeutet schon neue Schädigungen auf allen Gebieten sämtlicher Erwerbszweige. In großen Städten wird sich das vielleicht nicht so bemerkbar machen, aber besonders in den kleinen und mittleren Orten wird man es ungemein fühlen, denn gerade diese sind in der Hauptsache auf das bißchen Sonntagsgeschäft angewiesen. Ich selbst habe 35 Jahre im Kleinhandel gestanden und weiß es, was der Sonntag für eine kleinere Stadt zu bedeuten hat, beinahe alles. In den Wochentagen sieht man, wie man zu sagen pflegt, kaum eine Kage über den Markt laufen, das ganze bißchen Geschäft wickelt sich am Sonntag und an den Feiertagen ab, soweit nicht der Gottesdienst den Schluß des Geschäftes gebietet. Ich bin der Überzeugung, daß freilich die Arbeiterschaft nichts einbüßen wird. Die Einbuße wird lediglich Handel, Gewerbe und Industrie treffen. Wir müssen uns doch bemühen, diese Erwerbsstände zu erhalten und zu stützen. Kommen neue Ruhetage hinzu, so werden jene Berufe immer noch mehr und mehr untergraben.

Es ist nicht Oppositionslust von uns, gegen den Antrag zu stimmen, sondern soweit es die wirtschaftlichen Fragen anlangt, will ich Ihnen beweisen, daß die Sache anders liegt. Ich weise Sie hin auf die Ausführungen, die von unserer Seite, von den liberalen Parteien, schon seinerzeit im Landtage vor vielen, vielen Jahren, das letztmal im Jahre 1909, gemacht worden sind, als von der Verlegung des Epiphaniastages, des 6. Januar, auf den darauffolgenden Sonntag die Rede war. Schon damals haben wir diese Bedenken, die in wirtschaftlicher Beziehung der Feier des 6. Januar entgegenstehen, zu Gehör gebracht. Unser Antrag auf Verlegung wurde auch angenommen mit 58 gegen 27 Stimmen. Es waren damals die Sozialdemokraten und zwei Konservative, die beiden Wenden, die dagegen stimmten. Wir haben damals auch auf die Schädigungen hingewiesen, die durch die Feier des 6. Januar, falls er auf einen Wochentag fiel, auf die Leipziger Messe ausgeübt wurde. Es liegt bei diesem Antrage jetzt ebenso, soweit der 1. Mai in Frage kommt. Die Leipziger Geschäftswelt hat das dringende Verlangen, daß, falls der Antrag angenommen wird, die Regierung darauf achtet, daß der Leipziger Geschäftswelt keine Schädigungen entstehen. Es ist nicht mehr möglich, die Messe auf irgendeinen späteren Termin zu verschieben, da sie dann zu nahe an die Herbstmesse herankäme. Ich würde mich freuen, wenn nach dieser Richtung hin wenigstens eine Erklärung seitens der Regierung gegeben werden könnte, die die Leipziger Geschäftswelt vor Schädigungen

(A) 9
2

(D)